



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Projekt der ärztlichen Gesundheitsbildung in Schulen fördern, einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der HPV-Impfmotivation leisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen bestehender Mittel ein Präventionsprojekt zur ärztlichen HPV-Impfaufklärung an bayerischen Schulen aufzusetzen. Ziel ist, die Zahl der HPV-Impfungen zu steigern und gegen die Verbreitung von Falschinformationen ein Zeichen zu setzen.

Begründung:

Derzeit sind in Bayern zu wenige Jugendliche gegen HPV (potenziell krebsauslösende Humane Papillomviren) geimpft, dies bestätigte auch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) am 18.01.2023 in seiner Pressemitteilung: Stand 2020 seien beispielsweise nicht einmal 48 Prozent der 18-jährigen Mädchen geimpft gewesen, bei den Jungen waren es fünf Prozent.

Das ist zu wenig, denn Schätzungen zufolge infizieren sich 75 bis 80 Prozent der Menschen irgendwann im Leben mit dem Virus. Eine HPV-Infektion kann unter anderem Gebärmutterhalskrebs auslösen, aber auch bei Männern verschiedene Krebsarten verursachen. Laut Deutscher Krebshilfe erkranken in Deutschland pro Jahr rund 7 700 Menschen an HPV-bedingtem Krebs. Deshalb wird die Impfung inzwischen für beide Geschlechter empfohlen, am besten im Alter zwischen 9 und 14 Jahren. Übertragen werden die Viren vor allem beim Geschlechtsverkehr.

Die HPV-Impfung ist aktuell für junge Menschen die einzige Schutzimpfung vor Krebs. Die Weltgesundheitsorganisation will bis 2030 eine weltweite Impfquote von 90 Prozent bei 15-jährigen Mädchen erreichen. Zugleich strebt die Europäische Union eine deutliche Steigerung der Impfquoten bei Jungen an. Es ist wichtig, Familien hier weiter zu sensibilisieren und aufzuklären.

Dass Impfungen im Kindesalter nicht erfolgen, beruht laut dem Robert Koch-Institut (RKI) auf Infekten (50 Prozent). Allerdings werden Impfungen auch unterlassen, weil 19 Prozent der Eltern diese als unnötig oder körperlich zu belastend einstufen, außerdem spielen Ängste vor Nebenwirkungen (18 Prozent) oder bleibenden körperlichen Folgen eine Rolle (15 Prozent). Während 79 Prozent der befragten Eltern die STIKO-Empfehlung (STIKO = Ständige Impfkommision) kennen, wenn nach „Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs“ für Mädchen gefragt wird, ist das bei der Impfpflichtung für Jungen bei Verwendung der gleichen Bezeichnung nur bei 37 Prozent der Fall. Wenn in Studien wissenschaftlich korrekt nach „HPV-Impfung“ und nicht nach der „Gebärmutterhalskrebsimpfung“ gefragt wird, fallen die Ergebnisse hinsichtlich der Bekanntheit

noch niedriger aus. So wurde 2019 in Europa die Wahrnehmung von HPV in 12 verschiedenen Ländern untersucht. Deutschland schnitt hier sowohl bei der Bekanntheit von HPV an sich (40 Prozent) als auch bei dem Wissen, dass eine Infektion mit bestimmten HP-Viren Krebserkrankungen auslösen kann (32 Prozent), am schlechtesten ab.

Auf Anstoß des Freistaates gab es 2021 einen GMK-Beschluss (GMK = Gesundheitsministerkonferenz) zu HPV-Impfungen. Außerdem hat das StMGP und die Landesarbeitsgemeinschaft Impfen (LAGI) die Bayerische Impfwoche im Jahr 2022 zu HPV ausgerufen (6. Bayerische Impfwoche vom 18. bis 24. Juli 2022). Auch die Pharmabranche und Krankenkassen waren hier mit ersten Initiativen (Gemeinsam gegen HPV, Gebärmutterhalskrebs & Genitalwarzen – entschiedengegenkrebs.de) tätig. Es stellt sich nun die Frage, wie man an diese guten ersten Schritte auf Landesebene anknüpfen könnte, um die niedrige Impfungsrate zu verbessern, die insbesondere auch durch Coronapandemie stagniert hat. Hier ist ein Potenzial in der Aufklärung an Schulen. Zu diesem Schluss kam auch das RKI, in dem die Expertinnen und Experten diverse Aufklärungsansätze und Studien untersucht haben (siehe Evaluation zum Potenzial von HPV-Aufklärungskampagnen an Schulen; RKI-Epidemiologisches Bulletin, 36/22 vom September 2022, S. 11–21). Die Evaluation der Steigerung der HPV-Impfquote in Deutschland kommt zu dem Schluss, dass Aufklärung einer der wichtigsten Ansätze sei. Die Schule wird hier als sinnvolles Setting besonders hervorgehoben, um sowohl Schülerinnen und Schüler als auch deren Erziehungsberechtigte zu erreichen. Dies deckt sich mit den Forderungen des oben genannten Beschlusses der Gesundheitsministerkonferenz, welche unter anderem aufsuchende Beratung und Erinnerungen bezüglich Auffrischungsimpfungen an Schulen beinhalten.

Insgesamt ist der Bedarf an verlässlichen und verständlich aufbereiteten medizinischen Informationen sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Eltern/Erziehungsberechtigten und Lehrkräften immens. Ärztliche Informationsveranstaltungen zur Gesundheitsbildung zeigen eine hohe Effektivität sowohl in Bezug auf den Wissenszuwachs als auch bezogen auf die Steigerung der Impfmotivation und treffen auf große Zustimmung.

Ärztliche Informationsangebote im schulischen Setting können einen essenziellen Beitrag zur Aufklärung über HPV und die HPV-Impfung leisten und die Impfmotivation deutlich steigern. Im Sinne der gesundheitlichen Chancengleichheit und zur Erreichung des europaweiten Ziels für 2030 ist ein solches Projekt nachweislich nicht nur wünschenswert, sondern auch dringend geboten.